

Überparteiliche Fraueninitiative Berlin –
Stadt der Frauen
Greifswalder Str. 4
10405 Berlin

RTL
Chefredaktion
Z. H. Herrn Jörg Howe und Herrn Peter Kloeppel
Oberwallstr. 6

10117 Berlin



Berlin, 10. Juni 2002

Sehr geehrter Herr Howe, sehr geehrter Herr Kloeppel,

RTL wird am 25.8.2002 gemeinsam mit SAT1 erstmalig im deutschen Fernsehen ein Rede“duell“ zwischen einem Bundeskanzler und seinem Herausforderer ausstrahlen. Sie, Herr Kloeppel, werden dieses Gespräch gemeinsam mit Peter Limbourg moderieren. Damit übernehmen Sie eine äußerst verantwortungsvolle Aufgabe, die möglicherweise das Wahlverhalten einiger tausend BundesbürgerInnen entscheidend beeinflusst.

Wir wünschen uns von Ihnen, dass die Sendung in ausgewogener Form die Fragestellungen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen in Bezug auf das WOHIN nach dem 22. September 2002 behandelt. Dazu gehören auch die Themenkreise, die unmittelbar mit dem Leben von Frauen im Zusammenhang stehen. Beispielhaft seien hierfür einige Punkte genannt:

Welche Maßnahmen planen Herr Schröder und Herr Stoiber zur weiteren Umsetzung der Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern in der Bundesrepublik, insbesondere

- zur Angleichung von Einkommensverhältnissen (Löhne/Gehälter, Steuern, Renten)
Abhängig beschäftigte Frauen der Geburtsjahrgänge 1936 bis 1955 bekommen in Westdeutschland im Durchschnitt nur 42 Prozent der Männereinkommen. Auch die zwei Drittel aller abhängig beschäftigten Frauen im Westen, die ihr Erwerbsleben in der Kombination Vollzeit/Teilzeit verbracht haben, erreichen nur 54 Prozent dessen, was Männer dieser Altersgruppe durchschnittlich verdienen. (Quelle: „Bericht der Bundesregierung zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern“, 2002)
- zur weiteren Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit für Frauen und Männer
Drei Viertel aller berufstätigen Frauen steigen wegen Haushalt und Kindererziehung zwischendurch aus dem Job aus, und zwar durchschnittlich 12,3 Jahre. Dabei schaffen sie durchschnittlich 26 Beitragsjahre für die Rentenversicherung. Die Vergleichszahlen für Männer: 0,6 Prozent unterbrechen ihren Beruf für Kinder und Haushalt, durchschnittlich für 2,5 Jahre. (Quelle: „Bericht der Bundesregierung zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern“)
Für eine bedarfsgerechte Versorgung von Kindern mit Krippen-, Kindergarten- und Hortplätzen würden zusätzliche öffentliche Mittel in Höhe von 17 – 30 Mrd. DM benötigt werden (Quelle: Studie der Hans-Böckler-Stiftung „Finanzierungs- und Organisationsmodelle institutioneller Kinderbetreuung“). Diese Summe kann von den Ländern und Kommunen nicht aufgebracht werden. Was kann getan werden, damit die Arbeitswelt sich auch mehr nach den zeitlichen Bedürfnissen von Familien ausrichtet und nicht umgekehrt Familie an den teilweise kommunikationsfeindlichen Arbeitsbedingungen zerbrechen?
Ein hoher Anteil der MitarbeiterInnen in IT-Berufen lebt allein.
- zur Chancengleichheit in Schulbildung, Ausbildung und Studium und zum Einsatz entsprechend der Qualifikation nach abgeschlossener Ausbildung
Nach wie vor unterscheidet sich das Berufswahlverhalten von Mädchen und Jungen stark. So wählen Mädchen überdurchschnittlich häufig Berufe aus dem kaufmännischen und Dienstleistungs- und Gesundheitsbereich, die den unteren Entlohnungsgruppen angehören, wie Bürokauffrau, Kauffrau im Einzelhandel, Friseurin und Arzthelferin und Zahnarzthelferin. (Quelle: Berufsbildungsbericht der

Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen
www.berlin-stadtderrfrauen.de

Bundesregierung, 2002). Dass das nicht eine Frage von biologischer Prädisposition, sondern auch von bildungspolitischer Lenkung ist, zeigen Vergleiche zur ehemaligen DDR, wo das Ausbildungsspektrum für Mädchen breiter war und auch in den bedeutend besser bezahlten handwerklichen und technischen Bereich hineinreichte.

Auch im Hochschulbereich müssen weitere strukturelle Maßnahmen getroffen werden, die sicherstellen, dass die im Vergleich zu den männlichen Studienabsolventen ebenso guten Studienabschlüsse der Studentinnen auch zu gleichermaßen guten wissenschaftlichen Weiterentwicklungsmöglichkeiten (nur 33,4 % aller Dissertationen und 17,7 % der Habilitationen sind von Frauen) bzw. zu einem ebenso qualifizierten Einstieg in die Berufstätigkeit führen. Die Unterbesetzung von Frauen bei den Professuren (9,8 %, 1999) darf sich nicht dadurch fortsetzen, dass Frauen sich zwischen beruflicher Laufbahn und Kinderwunsch entscheiden müssen.

In der freien Wirtschaft beträgt der Anteil von Frauen in Führungspositionen sechs Prozent. (Zum Vgl. in den USA ist diese Zahl in den letzten 25 Jahren von 19 auf 45 Prozent gestiegen. Quelle: FAZ, 13.7.2000).

- zum Abbau der Erwerbslosigkeit von Frauen
Während früher die Erwerbstätigkeit von Frauen keine Selbstverständlichkeit war, entscheiden sich heute viele Frauen bewusst für die Berufstätigkeit unabhängig davon, ob sie verheiratet sind oder Kinder haben, um ökonomisch eigenständig zu sein und um die Bestätigung ihrer Leistungsfähigkeit durch das Berufsleben zu erfahren. Die Erwerbslosenquote von Frauen lag mit 7,8 % im Jahresdurchschnitt 2001 (Quelle: Statistik der BA für Arbeit) zwar nicht signifikant über der der Männer (7,7 %), das ist aber vor allem darauf zurückzuführen, dass Frauen sich seltener arbeitslos melden, als Männer und gerade im Bereich haushaltsnaher Dienstleistungen oft in Schwarzarbeit bzw. gering bezahlte Beschäftigungsverhältnisse „abtauchen“. Durch das von der Bundesregierung in der letzten Legislaturperiode verabschiedete 630 DM-Gesetz konnten sie sich mit „geringfügiger Beschäftigung“ wenigstens einen eigenen Rentenanspruch erarbeiten. Diese Regelung droht nun mit den neuen Vorschlägen der Hartz-Kommission verloren zu gehen.
- zur Umsetzung von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting
Gender Mainstreaming als ein Begriff für aktive Gleichstellungspolitik gewinnt seit Mitte der 1990er Jahre zunehmend an Bedeutung – bekannt geworden ist er vor allem über die Vierte Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking und nachfolgend über die Politik der EU (Aktionsprogramm zur Chancengleichheit 1995, 1999 dann verankert im Amsterdamer Vertrag). Gender Mainstreaming steht für das Einbeziehen der geschlechterbezogenen Perspektive in allen Politikbereichen und Aktionsfeldern der Europäischen Union und somit in allen Mitgliedstaaten und beinhaltet die systematische Berücksichtigung der Unterschiede zwischen den Lebensverhältnissen, -situationen und Bedürfnissen von Frauen und Männern.
Gender Budgeting wurde auf der Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 als Instrument von Gender-Mainstreaming und zur Schaffung von Transparenz in öffentlichen Haushalten und in Firmen als weltweite Aufgabe für Frauen und Männer beschlossen. Andere Länder, wie Australien, das den öffentlichen Haushalt seit 1985 hinsichtlich einer geschlechtergerechten Verteilung durchleuchtet oder Südafrika, wo nach Ende der Apartheid 1996 eine People's Budget eingeführt wurde, sind Deutschland weit voraus. In den USA ist Gender Budgeting für Firmen längst zum Wettbewerbsfaktor geworden. Aber auch im europäischen Maßstab ist Deutschland nahezu Schlusslicht, nachdem das Thema z. B. in Großbritannien und der Schweiz bereits einen nennenswerten Stellenwert hat.

Die hier aufgeführten Beispiele sind nur einige von vielen Punkten auf dem Weg zur tatsächlichen Umsetzung des Artikels III des Grundgesetzes „Frauen und Männer sind gleichberechtigt...“ Da diese Fragen jedoch 51 % der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland betreffen, wird das Wahlergebnis auch von ihrer Beantwortung durch Bundeskanzler und Herausforderer abhängen. Wir bitten Sie deshalb, den Herren Schröder und Stoiber die Gelegenheit zu geben, zu diesem Themenkreis in Ihrem Interview Stellung zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Carola von Braun
Vorstandsvorsitzende der Überparteilichen Fraueninitiative
Berlin – Stadt der Frauen